

Presseerklärung

Neustrelitz, den 05.10.2021

DStGB-Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Verkehr:

Kommunen fordern mehr Unterstützung für den Ausbau der Ladeinfrastruktur

Der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Verkehr des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, der im Landeszentrum für Erneuerbare Energien getagt hat, befasste sich im Rahmen seiner Sitzung am 5. Oktober 2021 mit dem Ausbau der Ladeinfrastruktur in der Fläche. Die in dem Gremium vertretenen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus dem gesamten Bundesgebiet sehen insbesondere Bedarf einer personellen Unterstützung der Kommunen, um den Ladeinfrastrukturausbau in Deutschland zu beschleunigen.

„Den Städten und Gemeinden kommt in den Anwendungsfeldern alternativer Antriebe und dem Aufbau entsprechender Infrastruktur eine Schlüsselrolle zu. Die Kommunen und kommunalen Unternehmen haben bereits erhebliche Anstrengungen unternommen, um öffentliche Ladeinfrastruktur aufzubauen. Um diesen Ausbau jetzt weiter zu forcieren und die Flächensuche und Genehmigung, bspw. für das Schnellladenetz des Bundes, zu beschleunigen, braucht es aber nun flächendeckend mehr Knowhow und personelle Ressourcen in den Kommunen. Hierzu liegt seit längerem der Vorschlag einer Förderung von Elektromobilitätsmanagern auf dem Tisch“ sagten der **Vorsitzende des DStGB-Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Verkehr, Bürgermeister Ingo Hacker** (Neuhausen auf den Fildern) und **Bürgermeister Andreas Grund** (Neustrelitz) anlässlich der Sitzung des Ausschusses in Neustrelitz. Bund und Länder sind bundesweit gefordert, wie im Falle der Klimaschutzmanager Personal vor Ort gezielt zu fördern und weiterzubilden.

Die Kommunen unterstützen beim Finden geeigneter Flächen für Ladeinfrastruktur, genehmigen die Einrichtung der Ladepunkte am Straßenrand und sorgen mit ihren Fuhrparks für Sichtbarkeit alternativer Antriebe im Stadt- und Gemeindebild. Laut des Masterplan Ladeinfrastruktur der Bundesregierung sollen zukünftig Elektromobilitätsmanager die Kommunen beim Aufbau von Ladeinfrastruktur unterstützen. Bislang gibt es aber

nur vereinzelte Programme in den Ländern, um in den Städten und Gemeinden die Schaffung der wichtigen Koordinationsstellen für Elektromobilität zu fördern.

„Personal und Fachexpertise vor Ort sind für den Ausbau der Ladeinfrastruktur essentiell. Es reicht nicht, wenn nur Bund und Länder Elektromobilitätsagenturen aufbauen. Entscheidend ist die Umsetzung vor Ort. Die Kommunen dürfen nicht zum Flaschenhals beim Ausbau der Ladeinfrastruktur werden“ betonten die Bürgermeister **Ingo Hacker** und **Andreas Grund**. Neben dem Knowhow zu Genehmigungsprozessen und der Technologie stellt insbesondere die Koordination zwischen den Akteuren wie Energiewirtschaft, Handel und Wohnungswirtschaft vor Ort aber auch innerhalb der Verwaltungen eine besondere Herausforderung dar. In den meisten Städten und Gemeinden kann dies bislang nicht durch gesondertes Personal geleistet werden. Der Ladeinfrastrukturaufbau droht ohne gute Koordination ins Stocken zu geraten obwohl Fördermittel und Investoren für den Ausbau bereitstehen.